

# Kirchenkreis droht mit Kita-Schließungen

Die evangelischen Gemeinden verzeichnen sinkende Mitgliederzahlen und weniger Steuereinnahmen. Für die kirchlichen Kindergärten sollen die Städte und Gemeinden deshalb mehr zahlen. Es gibt Kritik.

Joern Spreen-Ledebur

■ **Stemwede.** Die Bürgermeister im Lübbecker Land haben Post bekommen. Absender ist das Kreiskirchenamt in Lübbecke. Es geht um Geld. Die evangelische Kirche verliert Mitglieder, die Einnahmen bei der Kirchensteuer sinken. Deshalb hat sich der Kirchenkreis Lübbecke an die sechs Städte und Gemeinden gewandt. Von denen möchte er mehr finanzielle Unterstützung beim Betrieb der Kindergärten. Eine Aussage im Brief stieß im Stemweder Rat auf scharfe Kritik.

Gemeinden im evangelischen Kirchenkreis Lübbecke betreiben nach Angaben der Kirchenkreis-Verwaltung insgesamt 25 Kindergärten. In denen werden derzeit 1.770 Kinder im Alter zwischen 0,4 Jahren und dem Erreichen der Schulpflicht betreut, heißt es in dem Schreiben an die Städte und Gemeinden. Von den 1.770 Kindern nähmen 1.250 Jungen und Mädchen regelmäßig an gesunder Mittagsverpflegung teil.

Die Kirchengemeinden, so teilt es der Kirchenkreis mit, stellten rund 49 Prozent der Kita-Plätze in den Städten und Gemeinden im Lübbecker Land. In Stemwede sind es zwei Einrichtungen. In seinem Schreiben beantragt der Kirchenkreis bei den Städten und Gemeinden, einen weiteren freiwilligen Zuschuss zu gewähren und die Kirche als Trägerin der Kitas auf diese Weise zu entlasten.

In dem Schreiben werden dann auch Konsequenzen genannt, sollte dem Antrag nicht entsprochen werden. „Sollte eine finanzielle Entlastung der kirchlichen Träger nicht vereinbart werden können, ist es Aufgabe der Kreissynode Lübbecke, Szenarien zum Rückbau von Gruppen und/oder zur Aufgabe von Tageseinrichtungen für Kinder zu entwickeln, in einem Umfang, der dem Verhältnis des evangelischen Anteils zur Gesamtbevölkerung nahekommt.“

Der Stemweder Rat war nach Angaben von Bürgermeister Kai Abrusatz der erste im Lübbecker Land, der sich mit dem Antrag befasste. Und kaum war der Tagesordnungspunkt aufgerufen, übte Michael Baude (CDU) scharfe Kritik am Kirchenkreis. Für einen Anbau am evangelischen Kindergarten Oppenwehe habe die Gemeinde voriges Jahr 75.000 Euro zur Verfügung gestellt. Als er nun den Brief des Kirchenkreises gelesen habe, „da ging mir die



Mehrere evangelische Kirchengemeinden im Kirchenkreis Lübbecke betreiben Kindergärten. Zu den 25 Kitas im Lübbecker Land gehört auch die Kita „Somnenstrahl“ in Rahden. Der Kirchenkreis möchte nun weitere finanzielle Unterstützung von den Kommunen.

Foto: Joern Spreen-Ledebur

Hutschnur hoch“. Das Schreiben sei „aus heiterem Himmel gekommen. Dieses Vorgehen gefällt mir gar nicht.“ Der Superintendent hätte aus Baudes Sicht mit den Bürgermeistern sprechen müssen: „Wir kommen mit dem Geld nicht aus.“ Die von der Verwaltung vorgeschlagene Beratung in den Fraktionen lehnte Baude zunächst ab. „Da kochen Emotionen hoch.“ Das mache ohne wirklichen Hintergrund und Kenntnisse zum Sachverhalt keinen Sinn. Erst einmal sollten die Bürgermeister mit dem Kirchenkreis sprechen, der Kirchenkreis könne dann im Rat Stellung nehmen, forderte Baude.

Er habe wegen des Briefes zu seinen Kollegen Kontakt aufgenommen und kommende Woche werde es ein Gespräch der Bürgermeister mit dem Kirchenkreis geben, kündigte Stemwedens Bürgermeister Kai Abrusatz an.

Es sei legitim, wenn ein Träger über Finanzen sprechen wolle. „Aber das zu verbinden mit einer ziemlich deutlich angedeuteten Absicht, bei einer Nicht-Berücksichtigung Gruppen in Frage zu stellen, dient nicht der Vertrauensbildung.“ Stemwede mache ohnehin mehr bei Kitas, obwohl das Aufgabe des Kreisjugend-

amtes sei. Aus Sicht von Uta Gesenhues (Grüne) müsste ein solches Gespräch wegen des Trägeranteils eigentlich auf Landesebene stattfinden. Wenn die Kirche wegen sinkender Mitgliederzahlen und Steuereinnahmen ihre Aufgaben so nicht mehr wahrnehmen könne, dann müsse das Land tätig werden. Kurzfristig ein Loch zu stopfen sei okay, sagte Gesenhues und sieht aber nicht die Kommunen in der Verantwortung. Was sie wundert sei, dass nicht auch andere Träger mit geringem Anteil solche Anträge gestellt hätten.

Das Land habe den Anteil der kirchlichen Träger verbessert, merkte Abrusatz an. Das sei voriges Jahr im Gesetzblatt genannt worden. Er habe die Vermutung, dass die Meinungsbildung im Kirchenkreis nicht einheitlich sei. Einige Gemeinden hätten Kitas, andere ohne Kita zahlten dafür über den Verbund mit.

„Aus meiner Sicht stünde es der evangelischen Kirche gut zu Gesicht, das Kerngeschäft zu stärken. Das beginnt bei den ganz Kleinen“, sagte Abrusatz. Er sei für Trägervielfalt und wolle Gespräche aufnehmen – aber nicht Gespräche „mit der unverhohlenen Ankündigung, Gruppen oder Einrichtungen

## Kommentar

Kirchenkreis Lübbecke möchte mehr Geld für Kitas

### Drohung verunsichert Eltern

Joern Spreen-Ledebur

In den Kindergärten und Kindertagesstätten im Lübbecker Land wird hervorragende Arbeit geleistet. Die Kitas in kirchlicher Trägerschaft machen da keine Ausnahme. Die Einrichtungen, die engagierten Kita-Teams vor Ort, sie sind verlässliche Partner der Eltern.

Schade, dass der Kirchenkreis da nun Misstöne reinbringt. Wenn die Kirche als Träger mehr Geld braucht, dann kann man darüber sprechen. Wenn der Antrag des Kirchenkreises auf weitere Zuwendungen der Städte und Gemeinden im Lübbecker Land aber mit unverhohlenen Drohungen verbunden wird, dann geht das gar nicht. Im Schreiben

zur Disposition zu stellen. Das ist nicht partnerschaftlich.“

Der Zuschuss der Gemeinde Stemwede zu Betriebs- und Verwaltungskosten habe sich in den vergangenen sieben Jah-



ben an die sechs Kommunen wird unmissverständlich gedroht – nach dem Motto „Wenn ihr nicht spurt und zustimmt, machen wir Gruppen oder ganze Einrichtungen zu“.

Das erinnert an Machtgehabe der Kirche aus früheren Jahrhunderten. Superintendent Uwe Gryczan wird sich erklären müssen wegen dieses Tonfalls. Der Kirche, den Kitas und den Teams hat er einen Bärendienst erwiesen. Ausgetragen wird das auf dem Rücken der Eltern, die durch die neue Situation verunsichert werden. Das ist schäbig. Es wurde Porzellan zer schlagen. Völlig unnötig. Warum nur, Herr Gryczan?

joern.spreen-ledebur@nw.de

ren um 52 Prozent erhöht, merkte Abrusatz an. „Auch wir könnten eine Gegenrechnung aufmachen.“ Das wolle man aber nicht und setze auf „vertrauliche Gespräche“.